

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	20
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	19.06.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Energiewende in Stuttgart ist vor allem Wärmewende, also: Abwärme des neuen Superrechners in Vaihingen nutzen! - Antrag Nr. 57/2020 vom 09.03.2020 (SPD) - mündlicher Bericht -		

Vorgang: Ausschuss für Klima und Umwelt vom 15.05.2020, öffentlich, Nr. 15
Ergebnis: Zurückstellung

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Aufgrund des Superrechners an der Uni Stuttgart im Stadtbezirk Stuttgart-Vaihingen, so StR Körner (SPD) als Antragsteller, ergebe sich ein enormer Standortvorteil. Der im Februar eröffnete und nahezu 40 Mio. Euro teure Computer stelle weltweit den fünft- schnellsten Rechner dar. Er werde sowohl von den Unternehmen als auch der Wissen- schaft genutzt. Einerseits stelle dies eine sehr positive Entwicklung dar, andererseits verbrauchten solcherlei Rechenzentren enorme Energiemengen. Das Vorgängermodell des jetzigen Superrechners habe jährlich 28 Gigawattstunden Strom verbraucht. Als Vergleich hätten sich die vom Fachbeirat diskutierten Maßnahmen zur Energieeinspa-

runge bis November 2018 auf 35 Gigawattstunden aufsummiert. Da der neue Rechner nahezu viermal leistungsfähiger sei, werde er mehr Energie verbrauchen. Energiepolitisch sei interessant, dass die Rechenzentren 70 % der verbrauchten Energie als Abwärme abgäben. Der Antrag seiner Fraktion (Nr. 57/2020) beinhalte daher, die Abwärme für das dortige Quartier im Rahmen eines Wärmekonzepts zu nutzen. Die Universität Stuttgart habe hierzu im letzten Jahr eine Machbarkeitsstudie erstellt. Aus Sicht seiner Fraktion wäre dieses ein prädestiniertes Projekt, um die Wärmeversorgung in Stuttgart praktisch zu organisieren. Die SWS würden hierfür das Instrument darstellen.

Herr Dr. Görres (AfU) berichtet im Sinne der Präsentation. Er ergänzt zum Verständnis, bei den technischen Angaben werde der Energieverbrauch in Gigawatt, die Leistung jedoch in Megawatt angegeben. Auf die Frage von StR Körner zur Beteiligung der SWS an Gesprächen hinsichtlich der Versorgung der umliegenden Gebiete mit der Abwärme betont Herr Dr. Görres, die SWS würden intensiv eingebunden. Es stelle sich jedoch vielmehr die Frage, wie erreicht werden könne, dass sich das Land und die Universität Stuttgart bei diesem Thema aufgeschlossener zeigten.

Bei dem vorhandenen Heizkraftwerk handle es sich nicht nur um eine Versorgungseinrichtung, sondern zudem um ein Lehrkraftwerk, ergänzt BM Pätzold. Das Land verfolge die Absicht, das Nahwärmenetz für alle Liegenschaften umzubauen, die Stadt biete hierbei ihre Unterstützung an.

StR Körner erkundigt sich, welcher Akteur das Projekt unter den Aspekten Klimaschutz, Energiewende und Wärmewende vorantreibt. Er würde die SWS in dieser Rolle begrüßen. Die SWS seien daher nicht nur einzubinden, sondern müssten die treibende Institution sein. Falls lediglich die jetzigen Nutzer agieren würden, befürchtet der Stadtrat eine weitere Verzögerung von 10 bis zu 30 Jahren. Wenn die Klimaziele erreicht werden sollten, müssten solcherlei Großprojekte zügiger umgesetzt werden. Eine Plus-Energie-Schule sei zwar auch wichtig, habe jedoch keine große Bedeutung. In Stuttgart-Vaihingen gehe es zudem um ein Wärmekonzept, bei dem das Heizkraftwerk auf erneuerbare Energien umgestellt würde. Die Frage stelle sich, welcher Akteur zügig in das Heizkraftwerk und den Aufbau des Wärmenetzes investieren werde. Das Landesumweltministerium habe im März dieses Jahres gemeinsam mit dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung einen Thementag "Nachhaltige Rechenzentren" durchgeführt. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, liege es in der Hand der LHS, die vorhandenen Potentiale zu nutzen.

Es müsse Schritt für Schritt vorgegangen werden, so StR Boy (90/GRÜNE). Dabei stelle den ersten Schritt der gerade in Erstellung befindliche energetische Masterplan dar. Als Ergebnis werde man sehen, welche Wärmepotentiale für die außenliegenden Quartiere zur Verfügung stünden. Dann erst könne diskutiert werden, welcher Akteur den Betrieb übernehme. Zum jetzigen Zeitpunkt eine Festlegung auf die SWS zu treffen, sei zu früh.

Dagegen betont StR Sakkaros (CDU), die Maßnahmen müssten sehr zügig umgesetzt werden. Es gebe bereits Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit des bestehenden Heizkraftwerks und den Energiebedarf des Uni-Campus, woraus abgeleitet werden könne, welche Energiemenge des Hochleistungsrechners genutzt werden könne. Für ihn stelle sich die Frage des Umsetzungszeitraums des Projekts. An StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) gewandt erklärt StR Sakkaros, es sei von Vorteil, dass es große Stromverbraucher gebe. Andernfalls würden große

Mengen an erneuerbaren Energien nicht erzeugt, da sie nicht abgenommen würden. Die Digitalisierung mache Sinn, wenn große Stromverbraucher dann eingesetzt würden, wenn nicht genutzte Strommengen zur Verfügung stünden. Dadurch würden Windräder und andere erneuerbare Energien nicht behindert.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) stimmt zu, Energieverbraucher und Energieerzeuger steuern zu müssen - dieses sei Aufgabe der Energieleitplanung. Für ihn stelle sich die Frage, wie die Stadträte/-innen das Projekt konkret unterstützen könnten. Wichtiger sei es, wie die angrenzenden Wohngebiete und die Militärkaserne versorgt werden könnten, als die bereits versorgten Gebäude und das Heizkraftwerk zu betrachten. Die SWS müssten der Uni Stuttgart ein Angebot unterbreiten, ein Nahwärmenetz aufzubauen.

Im Jahr 2027 werde eine Wärmenergiemenge freigesetzt, so StR Dr. Oechsner (FDP), die den gesamten NeckarPark versorgen könne. Er könne nicht verstehen, warum die Fraktion 90/GRÜNE mit der Umsetzung des Projekts abwarten wolle. Das Gerangel mit den Zuständigkeiten zwischen einer Grün regierten Stadt und einem Grün regierten Land dürfe nicht zu einer Verzögerung führen.

StRin Königter (PULS) begrüßt den SPD-Antrag und weist auf das große Energiepotenzial des Hochleistungsrechners hin. Hinsichtlich der amerikanischen Militärkaserne sei sie hellhörig geworden, da Berichte kursierten, ein Teil der Truppen würde abgezogen. Falls dies der Fall sei, würden Flächen für Wohngebiete frei. Sie stellt die Frage nach der Vorgehensweise, dass sich die SWS mit dem Thema Abwärmenutzung beschäftigen.

Unabhängig davon, wer die Energie nutze, so StR Zaiß (FW), müsse das Thema Abwärmenutzung vorangetrieben werden. Daher begrüßt er ebenso den SPD-Antrag. Jetzt müsse die Verwaltung prüfen, welche Akteure hierzu eingebunden werden sollten.

BM Pätzold stellt klar, es hätten durchaus bereits Gespräche zwischen der Verwaltung, dem Land, der Universität und potenziellen Wärmeabnehmern stattgefunden. Ziel sei der Aufbau eines neuen Nahwärmekonzepts, da das bestehende Hochtemperaturwärmenetz veraltet sei. Daher sei ein Forschungsantrag für ein neues Nahwärmekonzept gestellt worden, wofür der Bund allerdings keine finanziellen Mittel bereitgestellt habe. Das für die Gebäude zuständige Finanzministerium bearbeite derzeit die Thematik, und es existiere ein energetischer Masterplan zum Umbau des Energienetzes.

Ein Gespräch sei für den Juli eingeplant, erklärt Herr Dr. Görres. Ohne das Ergebnis der Überlegungen der Universität und des Landes könnten weder die Stadtverwaltung noch die Stadträte/-innen entscheiden. Falls ein Überschuss an Wärmeenergie bestünde, sollten die SWS im nächsten Schritt prüfen, wo ein Nahwärmenetz installiert werden könne. StR Körner schlägt vor, die Verwaltung berichtet in der nächsten Sitzung des AKU am 24.07.2020 von dem geplanten Gespräch. Herr Dr. Görres gibt zu bedenken, wichtiger sei die Erstellung eines Zeitplans, wie ab September vorgegangen werden solle. Ob dieses schon in der nächsten AKU-Sitzung feststehe, könne er nicht sagen.

Es könne versucht werden, so BM Pätzold, Vertreter des Landes zu einer AKU-Sitzung einzuladen, die den energetischen Masterplan für das betreffende Gebiet vorstellen könnten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. BezA Vaihingen
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS